

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Jena, post. Nr. 920.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen über dem Raum 25 Pf., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., auswärtsige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Dienstag, den 6. März 1917.

24. Jahrg.

## Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Von Paul Umbreit.

Alle leitenden Stellen beschäftigen sich schon in der ernstesten Weise mit den Problemen der Uebergangswirtschaft. Wir glauben, der Sache wie auch unseren Lesern einen Dienst erwiesen zu haben, indem wir den wegen seiner sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Arbeiten bekannten Redakteur des „Korrespondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“, Paul Umbreit, gewonnen haben, die Materie in einer geeigneten Form zu behandeln. Der Genosse Umbreit beginnt heute mit der ersten Arbeit einer Serie von etwa 10 Artikeln, von denen in jeder Woche mindestens ein Artikel veröffentlicht wird.

Redaktion.

### 1. Die Organisation der Uebergangswirtschaft.

Der Weltkrieg hat die Wirtschaftsweise aller beteiligten Länder aus den altgewohnten Bahnen gerissen und in neue Wege gedrängt. Wohl am meisten ist die deutsche Volkswirtschaft durch ihn beeinflusst worden. Sie, die vorher den freien Weltmarkt vor sich sah, wurde plötzlich von jeder überseeischen Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Erzeugnissen abgeschnitten, ebenso von jedem Austausch mit den feindlichen Ländern, der Handel mit den wenigen neutralen Staaten litt gleichfalls unter Erschwerungen. Was allein die Unterbindung der Einfuhr und Ausfuhr für die deutsche Volkswirtschaft bedeutete, ergibt sich daraus, daß Deutschland vor dem Kriege (1913) eine Gesamteinfuhr von 11 654,8 Millionen Mark hatte, von der der größte Teil auf unentbehrliche Rohstoffe, sowie Lebens- und Futtermittel entfiel. Von der Gesamtausfuhr im Betrage von 10 891,8 Millionen Mark gingen 1 442,2 Millionen Mark nach Großbritannien, 880,2 Millionen Mark nach Rußland, 789,9 Millionen Mark nach Frankreich, 713,2 Millionen Mark nach den Vereinigten Staaten und 551,0 Millionen Mark nach Belgien. Insgesamt 40 Prozent der gesamten Ausfuhr entfiel also allein auf diesen durch den Krieg und der Seesperre unterbundenen Auslandsverkehr.

Angesichts dieser Ziffern erklärt sich die schwere Erschütterung, die die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg erfuhr. Der Verkehr mit dem neutralen Ausland entschädigte nur zum geringsten Teile für den Ausfall, da die übrigen Kriegswirungen sie nicht minder stark behinderten. Es waren dies die Entziehung der Betriebsleiter, Angestellten und Arbeitskräfte durch den Heeresdienst, die Stilllegung des Eisenbahntransportes durch die Mobilisation, die Erschütterung des Geldmarktes und die Lähmung des inländischen Geschäfts. Das alles brach katastrophal über Industrie, Gewerbe und Handel herein und selbst die Landwirtschaft wurde inmitten der Ernte durch die Wegnahme der Arbeitskräfte gestört. Eine fürchterliche Krise trat ein, die nur durch das Zusammenwirken aller Organisationen des Wirtschaftslebens mit den Regierungen und durch öffentliche Hilfsaktionen abgemildert werden konnte. Ein System von Gesetzen und Bundesratsverordnungen, Finanzmaßnahmen und Subsidierungen leitete die Kriegswirtschaft ein. Öffentliche Aufträge, besonders der Heeresverwaltung förderten die Produktion. Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften, ergänzt durch Reich, Staat und Gemeinden stillten den Hunger der Erwerbslosen, deren Zahl die weiteren Einberufungen zum Heeresdienste rasch verminderten, und die Kriegsanleihen finanzierten in steigendem Maße das Wirtschaftsleben. Die Siege in West und Ost haben das Vertrauen zur Sicherheit des Reiches und eine straffe Regelung des Rohstoffverbrauchs wirkte ausgleichend. Die lange Kriegsdauer hat mannigfache Erschwerungen der Kriegswirtschaft mit sich gebracht, aber ihren Umfang ungeheuer ausgemweit: der Hilfsdienstzwang verwandelte Deutschland in eine Riesenwerkstatt für Heeresbedarf.

Aber der Krieg, auch der längste, ist nur eine vorübergehende Erscheinung und kein Dauerzustand, und am wenigsten kann ein Volkskrieg, wie der gegenwärtige lange Jahre weitergeführt werden. Dann kommt der Frieden und mit ihm die alte Weltwirtschaft, auf die sich jedes Volk wieder einzurichten hat. Es wird nicht wieder alles afurat hergestellt werden, wie zuvor. Die Weltkarte wird Veränderungen aufweisen, nicht minder die Handelsbeziehungen und die Wirtschaftskräfte der verschiedenen Völker. Die Kriegsbelebten werden sich erst von dem Überlast an Volkskraft und Nationalvermögen erholen müssen, am meisten die unterlegenen, während manche Neutralen während des Krieges wirtschaftlich erstarkten und sich in den Handel der Kriegführenden geteilt haben. Das künftige Kräfteverhältnis wird sich also erst nach im friedlichen Ringen vertragen müssen. Ehe wir aber zur alten Friedenswirtschaft zurückkehren können, wird ein Uebergangsstadium kommen, in dem zunächst die Kriegswirungen zu überwinden sind, — eine kritische Periode, die dem Uebergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft entspricht. Sie kennzeichnet sich durch das Aufheben oder Nachlassen der ungeheuren Heeresaufträge, deren ungezählte Millionen während des Krieges die Volkswirtschaft weiten, durch die Rückkehr der Millionen aus Kriegsteilnehmern in die Heimat, von denen ein großer

Teil nicht gleich Beschäftigung finden wird, durch die Inanspruchnahme der Eisenbahnen für Demobilisationszwecke durch den Mangel an Rohstoffen für gewisse Industrien und vor allem durch den Mangel an Schiffsraum infolge des jahrelangen Seerrieges. Auch der Geldmarkt wird wieder schwer darniederliegen, sofern nicht größere Kriegsentfädigungen den Kredit heben. Arbeitslosigkeit und Not werden wieder eintreten und öffentliche Hilfsaktionen notwendig machen.

Die Voraussicht dieser nächsten Kriessolgen hat schon seit geraumer Zeit zahlreiche Gemüter erfüllt. Wirtschaftsverbände, Sozialpolitiker und Regierungen beschäftigen sich seit mehr als Jahresfrist recht eindringlich mit den Problemen der Uebergangswirtschaft. Die Gewerkschaften aller Richtungen waren die Ersten, die im Januar 1915 die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage des Arbeitsmarktes beim Friedensschluss hinlenkten und im März 1915 eine neue Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Reichsgesetz forderten. Im Zusammenhang mit der Uebergangswirtschaft steht auch die Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besreht ist, die Kriegsinvaliden möglichst einem Arbeitserwerb zuzuführen und ihre Arbeitskraft der Volkswirtschaft zu erhalten. Schließlich wurde auch durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Diktireugen für die Uebergangswirtschaft eine wertvolle Vorarbeit geleistet. In vorausschauender Weise hat vor allem die Krisenregierung Vorbereitungen durch Errichtung eines Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft im Oktober 1916 getroffen. Als seine Hauptaufgabe bezeichnete der Staatssekretär Dr. Helfferich in einem am 14. Oktober 1916 gehaltenen Vortrag: 1. Die Zurückführung der Soldaten in die Friedenswirtschaft; 2. Die Beschaffung der notwendigen Arbeit; 3. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge; 4. Die Herausziehung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte; 5. Die Wiederherstellung der zum Teil aufgehobenen Arbeiterlohngesetzgebung; 6. Die Ausnützung und Steigerung der Produktion; 7. Rückbildung des Kapitals für Friedenszwecke; 8. Kreditbeschaffung für feststehende und bewegliche Anlagen; 9. Kreditbereitstellung für städtischen Grundbesitz und für die Handelschiffahrt; 10. Wiederbelebung des Handels; 11. Verbesserung der Währung und 12. Flüssigmachung der in Kriegsanleihen festgelegten Kapitalien. Im Ganzen unterschied der Staatssekretär drei Hauptprobleme: a) Arbeiterfragen, b) Kapitalbeschaffung und c) Rohstoffversorgung.

Als Reichskommissar wurde Dr. Stamer-Hamburg berufen. Es sollen Mitarbeiter aus allen Kreisen der praktischen Berufe, auf den Gebieten der Währung, der Handelschiffahrt, Finanzen, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft herangezogen und ein Beirat mit Unterabteilungen eingerichtet werden.

Das Reichskommissariat untersteht dem Reichsamt des Innern. Der Reichstag hat zur Beratung der einschlägigen Fragen einen Ausschuß für Handel und Gewerbe eingesetzt. Nach der Erklärung des Staatssekretärs sei der Hauptzweck des Reichskommissars, sich so schnell als möglich überflüssig zu machen.

Die Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen brachten der Uebergangswirtschaft und dem neuen Reichsamt ein begriffliches Interesse entgegen. Sie ersuchten deshalb in einer Eingabe nicht nur um eine Vertretung im Beirat, sondern auch um die Zugehörigkeit sachverständiger Mitarbeiter aus Gewerkschaftskreisen zur Bearbeitung der Arbeiterfragen. Sie erhielten zur Antwort, daß das Reichskommissariat erst im Ausbau begriffen und über die Heranziehung von Arbeitern erst zu entscheiden sei, wenn die Arbeiterfragen in Angriff genommen würden. Diese Antwort ist sicher sehr befremdlich und läßt der Vermutung Raum, daß man sich in den mit der Organisation der Uebergangswirtschaft betrauten Kreisen ernsthaft mit der Auffassung getrauen hat, die Arbeiterkraft bei der Durchführung dieses Problems ausschalten zu können. Das würde von mehr Kurzsichtigkeit zeugen, als man nach den mehrjährigen Erfahrungen der Kriegswirtschaft annehmen dürfte. Anscheinend glaubt man dort, die ganze Sache zwischen Kriegszentralen und Bureaufkratie unter sich machen zu können, man spricht auch schon davon, daß von den speziellen Kriegserrungenschaften, und von dem soz. Kriegssozialismus, so wenig als möglich in den Frieden herübergenommen werden soll. Deshalb wolle sich das Reichsamt des Innern den größtmöglichen Einfluß auf die Uebergangswirtschaft wahren.

Solchen Auffassungen gegenüber muß daran erinnert werden, daß die Uebergangswirtschaft ohne eine straffe Zentralisation und starke Bindung der freien Kräfte gar nicht denkbar ist. Man kann weder die Ein- und Ausfuhr, noch die Verwendung des Schiffsraums und der Eisenbahnen in das freie Belieben eines jeden stellen; man kann auch nicht die Rohstoffe und Lebensmittel dem freien Verkehr überlassen. Es wird noch viel des verdächtigten Manas der Regelung, Kontrierung, Höchstpreise und Verbote bedür-

fen, ehe wir wieder zur freien Friedenswirtschaft kommen. Wie lange dieser Uebergang währt, kann noch kein Mensch voraussagen. Zweifellos aber hören mit der Beendigung des Krieges auch die Befugnisse des Bundesrats auf Grund der Gesetze vom 4. August 1914 auf und es bedarf erst wieder neuer gesetzlicher Unterlagen für die Durchführung der Uebergangswirtschaft. Eine gesetzliche Regelung dieser gesamten Materie ist also schon aus recht formalen Gründen nicht zu entbehren. Sie liegt aber auch in der sachlichen Natur dieses überaus schwierigen Aufgabenkomplexes begründet, denn man wird in Friedenszeiten, wo sich der Verzicht auf die Militärdiktatur von selbst ergibt, diese Regelung weder dem Bundesrat, noch dem Gutdünken einer Behörde überlassen, ohne diese an eingehende Verhaltungsregeln zu binden, zumal es sich um Erzeugungs-, Verteilungs- und Transportfragen handelt, bei denen keine Betriebsgruppe auf Kosten der anderen begünstigt werden darf. Vor allem bedarf die neue Schöpfung des Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft einer eingehenden gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Ausgaben, Befugnisse und Mittel des Zusammenwirkens mit Behörden, Wirtschaftsverbänden und sonstigen Einrichtungen und der Berufung und Funktionen des Beirates. Daß dabei die Wirtschaftsverbände der Arbeiter und Angestellten nicht zu übergehen sind, merben diese dem Bundesrat und Reichstag mit voller Deutlichkeit klar machen. Schon die große Bedeutung der Arbeiterfragen im Rahmen dieses Problems sollte darüber Aufschluß geben, daß die Mitarbeit der Arbeiterkraft nicht zu entbehren ist. In diesen Arbeiterfragen handelt es sich keineswegs nur um Fürsorge für die Arbeiter, sondern die Arbeiterkraft ist am Gelingen der Uebergangswirtschaft ganz hervorragend beteiligt, in erster Linie die Gewerkschaften hinsichtlich der Unterfützung der Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen und der Regelung der Arbeitsverhältnisse unter möglichst Vermeidung von Konflikten schwererer Art. Auch bei der Arbeitsvermittlung nimmt die Arbeiterkraft den größten Teil.

Es liegt also durchaus im Interesse der wirksamen Durchführung der Uebergangswirtschaft, wenn die hierfür geschaffene Organisation eine klare gesetzliche Regelung erfährt und die Mitarbeit der Wirtschaftsverbände, nicht bloß der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter und Angestellten nach jeder Richtung hin klargestellt wird.

### Vom Tage.

An der Aare nahmen die Vorkämpfe am 3. März ihren Fortgang. Trotz harter Kälteeinwirkung war es den Engländern noch nicht gelungen an die neuen deutschen Stellungen heranzukommen. Bei diesen Kämpfen nahmen die deutschen Sicherungen der Engländern in der Gegend von Gommecourt zwei weitere Maschinengewehre ab. Einem nach ausgiebiger Artillerievorberereitung mit starken Kräften gegen den Siez-Wald östlich von Gommecourt angelegten Angriff wichen sie elastisch nach Osten aus. Aufges in dem freiwillig geräumten Gelände konnte sich der Engländer nirgends festsetzen. Wie am 28. Februar bei Sailly scheiterten am 1. März auch seine, mit starken Kräften unternommenen Angriffe bei Bouhavesnes. Die in 2 Kilometer Breite vorgestoßenen englischen Sturmtruppen wurden in beiden Flanken durch sofort einsetzenden Gegenangriff umfaßt und größtenteils wieder zurückgeworfen. Nur in der Mitte vermochten sie ein kleines Grabenstück zu halten. Die Versuche, es durch einen Nachtangriff zu erweitern, scheiterten jedoch. In der ganzen übrigen Front entfalteten die Deutschen lebhafteste Tätigkeit bei Ghilly. Südlich der Somme wurden außer den gemeldeten Gefangenen 2 Maschinengewehre eingeschlagen. Die feindliche Stellung wurde planmäßig zerstört und schwere englische Verluste festgestellt. Der Vorstoß an der Straße Etain-Verdun trug noch drei Maschinengewehre ein. Ein weiteres Maschinengewehr und ein Minenwerfer wurden in der Gegend von Niederaspach und Ammerweiler erbeutet. Ferner wurden hier weitere Gefangene gemacht. Ein größerer deutscher Vorstoß auf dem östlichen Maas-Ufer, der, wie gemeldet, ein Gelände von 1500 Meter Breite und an 600 Gefangene eintrug, zeichnete sich durch besonders geringe deutsche Verluste aus. Bereits nach kurzer Artillerievorberereitung war die französische Grabenbesetzung jenseit niedergebörmpft, daß die Sturmtruppe an drei Stellen in die französischen Linien einbrechen konnten. Durch rasch hineingeworfene Handgranaten wurden die Unterstände ausgeräumt und die französische Besatzung truppweise gefangen genommen.

Durch eine der vielen teils geschriebenen, teils traditionellen Besonderheiten des amerikanischen Parlamentarismus ist der Präsident Wilson in die für ihn gewiß nicht errentliche Lage gekommen, die Verantwortung für einen Krieg mit Deutschland allein übernehmen zu müssen. Der alte Kongreß hat nämlich aufgehört zu existieren und der neugewählte tritt nach befristigen Ueberlieferungen im Dezember zusammen. Zwar besteht die Möglichkeit, den neuen Kongreß zu einer Sondertagung vorzu-



Überlegen; ein solcher Schritt ist aber ungewöhnlich, und außerdem bedarf es zu den Vorbereitungen einer gewissen Frist. Inzwischen hat Wilson mit seinem Ministerium zu handeln, ohne sich mit dem Kongress ins Einvernehmen setzen zu können. Und das in der Frage des Verhaltens gegen Deutschland.

Präsident Wilson hat nämlich keinerlei Ermächtigung für ein bestimmtes Vorgehen gegen Deutschland, auch nicht die von ihm verlangte Vollmacht, die Handelschiffe zu bewaffnen und andere Mittel anzuwenden.

Wie unsern Lesern bekannt ist, hat der Senat zunächst Wilsons Vorlage angenommen; im Repräsentantenhaus erfuhr sie aber eine Abänderung und Abschwächung. Infolgedessen mußte der Senat sich nun mit dem Beschluß des Repräsentantenhauses beschäftigen. Damit mußte er bis zum 4. März, mittags 12 Uhr, fertig sein, weil von diesem Zeitpunkt ab, der neue Kongress die gleichgebende Körperlichkeit ist und das Mandat des alten nicht mehr gilt, wie ja auch am 4. März Wilson seine neue Amtsperiode antritt.

Regel ist nun, daß am letzten Tage der Kongressdauer eine Menge von „kleinen Sachen“ erledigt werden, und zwar nach den Vorschlägen der Ausschüsse. Da es schon vorgekommen ist, daß durch eine Dauerrede, Obstruktion getrieben und so die Beschlußfassung über solche Dinge, an denen irgendwelche finanzielles Interesse hatte, verhindert wurde, half man sich zuweilen, indem einfach die große Uhr des Sitzungssaales zurückgestellt wurde und es so scheinbar nicht Mittag wurde, ehe die Vorlagen erledigt waren. Weil es sich, wie gesagt, dabei um Dinge handelte, die lediglich Privatinteressen betrafen, konnte dieses Verfahren ohne Widerspruch geübt werden. Das ging aber nicht bei einer Frage um den Krieg oder Frieden, und so vermochten einige Gegner der Wilsonschen Kriegspolitik zu verhindern, daß vor 12 Uhr über die Bewaffnung von Handelschiffen abgestimmt wurde!

Neuer berichtet über die Sache mit merkbarer Betrübnis aus Washington, 4. März: Heute mittag vertagte sich der Senat, ohne eine Abstimmung über das Gesetz der bewaffneten Neutralität vorgenommen zu haben, da die Geschäftsordnung des Senats, die keine Beschränkung der Debatte vorsieht, einer handvoll Pazifisten und Deutschfreundlichen ermächtigt hatte, die Debatte bis zum Mittag fortzusetzen, wo die gegenwärtige Session des Kongresses von selbst erlosch. Über 68 von 96 Senatoren unterzeichneten die Erklärung, die sich einverstanden für das Gesetz ausspricht und die Unmöglichkeit beiläufig, es noch durchzuführen. Zwölf Senatoren verweigerten die Unterschrift, während einer wegen Krankheit abwesend war.

Diese Erklärung hat keinerlei gesetzgeberischen Wert; das ist auch Wilson klar, weshalb er die Geschäftsordnung des Senats ändern, um sein Ziel zu erreichen. In einer am Sonntag abend veröffentlichten Erklärung teilt er dem Lande mit, daß er mangels Ermächtigung vom Kongress nicht die Vollmacht haben werde, Handelschiffe zu bewaffnen oder andere Maßnahmen zu ergreifen, um der U-Boot-Gefahr zu begegnen. Der Präsident erklärt, es würde eine außerordentliche Session des Kongresses erforderlich sein, um ihm die nötigen Vollmachten zu geben; aber es war wohlweislich, eine außerordentliche Session einzuberufen, solange der Senat unter der gegenwärtigen Geschäftsordnung arbeite, die es einer kleinen Minderheit ermächtigt, die überwältigende Mehrheit im Senat zu halten. Der Präsident schlägt deshalb vor, eine außerordentliche Session des Senats einzuberufen, um die Geschäftsordnung abzuändern und ihr die Mittel zu liefern, um das Land vor einer Katastrophe zu bewahren. — Die Opposition wird aber auch jetzt auf dem Boden sein, ob es ihr allerdings gelingt, den Plan Wilsons zu vereiteln, möchten wir nicht bezweifeln.

Wie es nicht anders zu erwarten, läßt man jetzt in Amerika den tatsächlichen Zustand auch Deutschland in die Sache. Man droht angeblich sogar noch mit weiteren Enthaltungen. Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ berichtet die Neue Korrespondenz aus Kempten: Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärt, sie sei im Besitz von Unterlagen, aus welchen die Mittel Deutschlands zur Aufrechterhaltung der Adamerikanischen Station gegen die Union ersichtlich wären. Man glaubt, daß die Veröffentlichung auch dieser Dokumente durch Wilson bewirkt wird, daß die Revolution auf Cuba von Deutschland angezettelt werde.

Perth und Japan haben offiziell erklärt, daß sie keinen Handelsverbot gegen Deutschland ergreifen hätten.

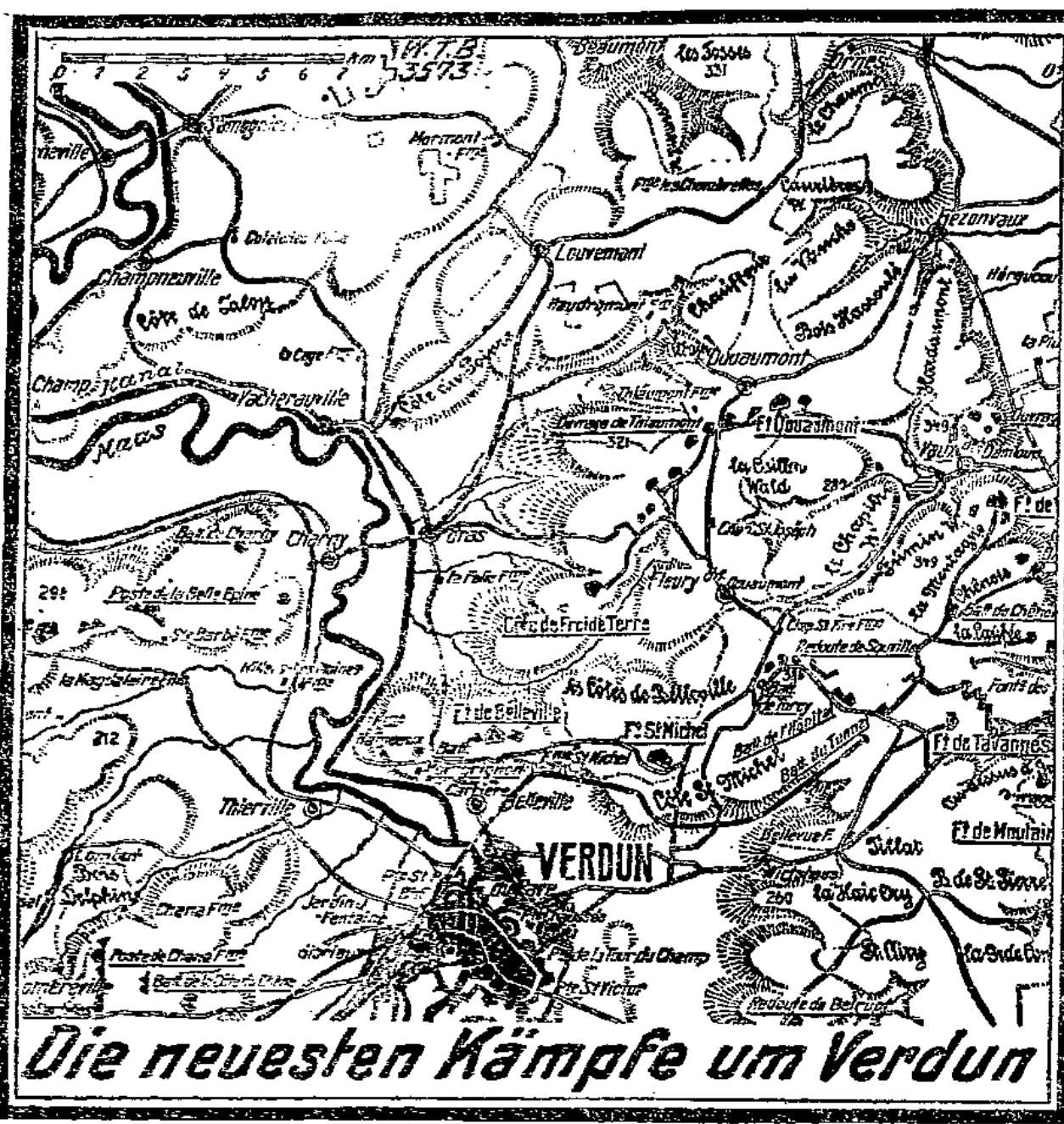
In den Reihen unserer französischen Genossen: manifestiert die Erkenntnis, daß man sich wieder der Internationalen gegenüber auf einen isolierten Wege befinden habe. In der jüngst abgehaltenen Sitzung des Nationalrats der französischen Partei hat man sich allerdings gegen eine harte Wiederkehr für die Wiederannahme der internationalen Beziehungen und gegen eine Anzweiflung ausgesprochen. Eine Parawandlung beträgt: Der Nationalrat der Sozialistenpartei nahm im März 1917 gegen 137 Stimmen, bei 31 Stimmenthalten eine Tagesordnung an, welche die Tagesordnung der Kommissar der alliierten Länder über Veränderung dahin ergreift, daß die Wiederannahme der internationalen Beziehungen empfohlen wird. Von der nächsten sozialdemokratischen Partei wurde ein ähnliches gegenwärtig über die Wiederannahme der Beziehungen entschieden. Der Vorschlag wurde von dem Parteivorstand der ersten, wenn eine solche Veränderung vorgenommen werden würde, würden die englischen Sozialisten sich weigern, an der Konferenz teilzunehmen.

In der Kolonialfrage nahm der Nationalrat der Sozialisten der Generalversammlung, Wien, an dem erstehenden Anlaß des internationalen Sozialistenkongresses zu beschließen, alle Abteilungen bei Kriegsführenden und Neutralen aufzufordern, Berichte über die Tätigkeit vor dem Kriege und während des Krieges, sowie hinsichtlich der Solidarität zwischen den Nationalen abzugeben. Der Nationalrat nahm die Nationalen folgenden Antrag an:

Die internationale Arbeiterbewegung gewährt seit Kriegsausbruch der nationalen Solidarität ihre volle Unterstützung. Sie erklärt, daß sie sich bemühen wird, die Politik des Landes zu beeinflussen in die Richtung zu lenken, die jeder Sozialist an Unterstützung und Anerkennung wünscht, den Frieden und die Befreiung eines durch den Krieg verheereten Landes. Der Kongress ist mit dem von der belgischen Arbeiterpartei angenommenen und veröffentlichten Antrag einverstanden und erklärt, daß die Arbeiter, an der Organisation der Partei teilzunehmen werden, beiderlei keine Unterstützung der Haltung in der Frage der Wiederannahme der internationalen Beziehungen.

Die Arbeiterbewegung hat eine lange Geschichte, welche die Befreiung der Arbeiter von Hunger und Elend zum Ziel hat. Die Befreiung wurde von den Führern der Arbeiterbewegung verfolgt. Der Kampf der Arbeiterbewegung wurde nie aufgegeben.

Die Arbeiterbewegung weiß, daß es kein Ziel der Befreiung der Arbeiter ist, die Befreiung der Arbeiter zu verhindern. Die Befreiung der Arbeiter ist ein Ziel der Arbeiterbewegung. Die Befreiung der Arbeiter ist ein Ziel der Arbeiterbewegung.



Die neuesten Kämpfe um Verdun

Einlaß in den Sitzungssaal erzwungen hatten, die Sitzung zu unterbrechen. Die Scheiben wurden eingeschlagen. Der Tumult war derart, daß die Abgeordneten den Saal verlassen mußten.

In England arbeitet die Regierung jetzt mit Hochdruck gegen die ihr unbenommenen Friedensfreunde und Militärdienstverweigerer. So wird gemeldet, daß der auch in Deutschland bekannte Genosse J. B. Wilson nebst vier anderen Genossen verhaftet worden ist. Der Grund wird nicht berichtet. Weiter bringen ausländische Blätter umfangreiche Mitteilungen über die Inhaftnahme von Sozialisten und solchen Leuten, die aus Gemütsbedenken den Militärdienst verweigerten. So erfährt man z. B., daß bereits zwei englische Justizhäuser mit verurteilten Sozialisten und Antimilitaristen zu überfüllt sind, daß sich die Regierung genötigt sah, das große Justizhaus von Dartmoor von Verbrechern zu räumen, um Platz für die immer wachsende Zahl unserer verurteilten Genossen zu finden. Diese Tatsache hat der liberale Abgeordnete Lambert letzten Sonnabend vom Minister des Innern bestätigt erhalten. Die Angabe der Zahl der so Verurteilten wurde jedoch verweigert. Dartmoor ist das verruchteste aller englischen Justizhäuser, in welchem nur solche schweren Verbrecher gehalten wurden, die eine Strafe von mindestens drei Jahren absitzen mußten. In dem Gefängnis, das sich in einer wüsten felsigen Gegend befindet, gehören große Steinbrüche, in welchen nun die Gefangenen arbeiten müssen. „Daily Mail“ vom 26. Februar erklärt, daß es für Verbrecher eine Beleidigung wäre, wenn sie gezwungen würden, mit Sozialisten in derselben Strafanstalt zu leben, da Verbrecher auf dem Schicksal des Vaterlandes gegenüber ihre Pflicht oft glänzend erfüllt hätten.

Infolge der Abstimmung in den schwedischen Kammern hat das Ministerium Hammarström sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das jedoch vom König nicht angenommen wurde. Daraufhin beschloß das Ministerium, vorläufig im Amt zu bleiben.

Die „Morning Post“ meldet unter dem 2. März aus Schanghai: Das chinesische Kabinett hat am 1. März eine lange Beratung abgehalten, in der beschlossen wurde, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen und später den Krieg zu erklären. Dieser Beschluß wurde dem Präsidenten mitgeteilt, der ihn entgegennehmend unter dem Vorbehalt, daß der Beschluß vom Parlament gutgeheißen und den Gouverneuren der Provinzen mitgeteilt würde. Der chinesische Minister des Innern ist aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. — Diese Meldung ist mit Vorbehalt zu genießen.

Nach Anhörung der hiesigen Sektion des deutschen Transportarbeiterverbandes hat der Zentralrat der internationalen Transportarbeiter-Organisation als internationale Verbindung der organisierten Seelen ein Manifest an die Seemannsverbände in Amerika, Spanien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen in der letzten Landesversammlung gerichtet. In diesem Manifest wird eine Darstellung der Ursachen gegeben, die zum deutschen U-Boot-Krieg geführt haben. Das Manifest führt u. a. aus: Der deutsche U-Boot-Krieg ist und wird den Krieg abkürzen, d. h. den von allen Völkern ersehnten Frieden beschleunigen. Inwieweit liegt er auch im Interesse der neutralen Staaten. Jedenfalls erfordert sein Ausgang eine objektive Würdigung namentlich seitens der Arbeiter in den neutralen Ländern. Und dieses, sein höchstes Ziel, ist es auch, das die Erhaltung vorübergehender Neutralität für die Seelen in den neutralen Ländern erträglich erscheinen lassen könnte. England will sich auf Kosten der neutralen Länder der erweiterten Seefahrt und ihrer wirtschaftlichen Folgen entziehen und keine Schiffe auf Kosten der neutralen Handelsflotte küssen und können. Das Manifest schließt:

Wird und kann die neutrale Seefahrt und Seefahrt diesen Verlust an England entrichten? Von der Befreiung oder Bemeinung dieser Frage hängt es ab, welche Folgen und Konsequenzen der verheerende U-Boot-Krieg für die neutrale Seefahrt und für die neutralen Seelen mit sich bringen wird und muß. Soll dieser Verlust England gebracht werden, so kann er den Seelen materielle Vorteile, d. h. höheres Gewinne einbringen. Er liefert dann aber auch materielle Leben und hat der größten Gefahr — und schwerer Verletzung aus. Die Bemeinung des von England geforderten Verlustes und die neutrale Seefahrt ist ein Ziel, das für Seelen und Seefahrt materielle Vorteile bringt, aber sie bringt materielle Leben und hat die Freiheit für die Seelen. Es dieser Befreiung haben die Seefahrtinteressen und insbesondere die Seelen die sich für die ergebenden Konsequenzen zu stellen. Für die Seelen ist es ein Ziel der Befreiung, zum Zweck des Seefahrts und der Seefahrt. Die Befreiung wird führen, ob der Krieg der Seefahrt, namentlich bei der Seefahrt führt in als die Befreiung der Seelen und seiner Befreiung aller Seelen in den neutralen Staaten.

## Zu den Kämpfen an der Maas.

Am Ostufer der Maas haben die Kämpfe mit voller Energie seitens der deutschen Truppen wieder eingesetzt. Die ganze französische Stellung am Courrières-Wald westlich von Bezonvaux, ist in einer Breite von etwa 1500 Meter von uns im Sturm genommen und gegen starke französische Angriffsvorstöße behauptet worden. Auch an der Südostecke des Fosses-Waldes wurde den Franzosen ein wichtiger Geländepunkt entziffen. Neben den schweren blutigen Verlusten, die wir durch Vordringen von Erkundungsabteilungen feststellen konnten, hat der Feind an Gefangenengen sechs Offiziere und 572 Mann verloren, desgleichen 16 Maschinengewehre und 25 Schnellabwüchsen eingebüßt.

## Von den Kriegsschauplätzen.

**Die Kriegslage.**  
Berlin, 5. März, abends. (Amstsch.)  
Im Westen bei Schneefall, im Osten bei strenger Kälte keine besonderen Ereignisse.  
Wien, 5. März. (Amstsch.)  
Deutscher Kriegsschauplatz und südöstlicher Kriegsschauplatz.  
Nichts zu melden.  
Italienischer Kriegsschauplatz.  
An der küstländlichen Front wurde das Artillerie- und Minenwerferfeuer nach Aufseiterung des Wetters wieder lebhafter. Abends beschossen die Italiener Costanjevica besonders heftig. Nächste Nacht bei Tolmeina stießen Patrouillen des Infanterie-Regimentes Nr. 37 bis in einen rückwärtigen Panzergraben des Feindes vor, überwältigten die Besatzung und brachten ohne eigenen Verlust 10 Gefangene zurück.  
An der Tiroler Ostfront griffen die Italiener nördlich des San Pellegrino-Tales gegen Orma di Costabella an. Nach wechselvollem Kampfe gelang es ihnen eine Vorstellung in Besitz zu nehmen. Der Kampf ist noch nicht abgeschlossen.

## Der Seekrieg.

**Folgen des U-Boot-Kriegs.**  
Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag: England läßt künftig die holländischen Postschiffe durch Kriegsschiffe begleiten.  
Der „Temps“ meldet aus Rio de Janeiro: Der Präsident des Staates Rio de Janeiro, Peconha, erklärte in einem Rundschreiben an die Londoner Bankiers, daß die englischen Einfuhrbeschränkungen für Kaffee, Kakao usw. für das Wirtschaftsleben Brasiliens angefaßt der in Folge der Blockade der Allierten gegen die Mittelmächte bestehenden großen Schwierigkeiten noch weitere Schädigung bedeuten. Durch die Vereinfachung der brasilianischen Ausfuhr könne die ganze Finanzlage des Landes in Frage gestellt werden. Der Präsident hofft deshalb, die englische Regierung werde entgegenkommen zeigen.  
Die neue „Möwe“.  
Die Furcht vor dem deutschen Hilfskreuzer im Stillen Ozean wächst immer mehr. Der „Ruhige Slowo“ telegraphiert aus Dalny: Nunmehr befinden sich sechs japanische Kriegsschiffe auf der Jagd nach dem im Ozean kreuzenden deutschen Korvett. Bisher ist es noch nicht gelungen, das Fahrzeug, das ähnlich wie die „Emden“ zu operieren scheint, anzuspüren. Die Versicherungsstaten für Fahrten auf der Linie San Francisco Japan—Wladiwostok und Seattle—Dalny sind um 10 bzw. 12 Proz. erhöht worden. Einige Munitionstransportdampfer sind seit einigen Tagen überfällig man nimmt jedoch an, daß sich diese wertvolle Ladung führenden Fahrzeuge infolge der im Chinesischen Meer herrschenden Orkane verspätet haben. Seit einigen Wochen ist auch bereits eine Anzahl bewaffneter japanischer Dampfer ausgelaufen.

**Russischer Kreuzer beschädigt.**  
Ein in Solle erweichendes Blatt meldet aus händlicher Quelle: Vor einigen Tagen ließ der aus dem „Albatros“-Zwischenfall bekannte russische Kreuzer „Kurik“ in der Finischen Bucht auf eine Mine und wurde am Vorderdeck schwer beschädigt. Der Vorfall wurde streng geheim gehalten. Der Kreuzer liegt nunmehr auf Dock in Kronstadt. Die Herstellung wird mit Hochdruck betrieben.

## Werlei Kriegsnachrichten.

**Erklärungen des türkischen Finanzministers.**  
Zu Beginn der Budgetberatung in der Kammer erklärte der Finanzminister zur finanziellen Lage der Türkei: Die Vorkämpfe die Deutschland gemährt und bis August noch gemährt werden, betragen 142 Millionen türkische Pfund. Die Regierung fürchtete sich durch den mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag für die Zeit nach dem Kriege über die Papiere zum gleichen Kurs, den das deutsche Papier haben werde. Deutschland verpflichtet sich, der Türkei in jedem Jahre 3 Millionen türkische Pfund Gold zu überlassen. Das Papier solle dann in entsprechendem Umfange aus dem Verkehr



gezogen werden. Selbst wenn eine Anzahl der Noten durch Handelstransaktionen abgedeckt wäre. Nach dem Kriege würden die Waren der Verbündeten bei der Einfuhr in die Türkei beuntätigt werden. Der Minister betonte das Entgegenkommen Deutschlands bei der Nichtzahlung von Zinsen und Vorkäufen. bis das Papier gänzlich aus dem Verkehr gezogen sei, nämlich für 11 Jahre. Das Entgegenkommen werde der Türkei besonders nach dem Kriege sehr wertvoll sein und zu ihrem Fortschritt beitragen. Die ordentlichen Ausgaben werden gegenwärtig auf 46 Millionen türkische Pfund festgesetzt, würden aber im Laufe des Jahres auf Grund von Ergänzungskrediten auf 55 Millionen vermehrt werden. Wie in allen kriegführenden Staaten würden neue Steuern eingeführt werden. Die Erklärungen des Finanzministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

### Japanische Kriegslieferungen an Rumänien.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Tokio: Die japanischen Ministerien für Krieg, Landwirtschaft, Handel und Verkehr einigten sich, die rumänischen Bestellungen für Kanonen, Gewehre, Munition sowie von Konvertern im Gesamtbetrag von 30 Millionen Yen zu übernehmen.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Hauptauschuh des Reichstages.

Am Sonnabend begann der Hauptauschuh seine diesmaligen Arbeiten mit der Beratung des Reichs-Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1917. Der Haushaltsplan für den Reichstag und die Reichsfinanzlei wurde ohne Widerspruch genehmigt. Hierbei wies Abg. Dr. David (Soz.) auf den § 5 des Wahlgesetzes für den Reichstag vom 31. Mai 1869 hin. Nach dieser Bestimmung soll in jedem Bundesstaat auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zu Grunde gelegen haben, ein Abgeordneter gewählt werden. Hiernach ist auch jetzt noch die Zahl der Abgeordneten für jeden Kreis bestimmt. Da aber inzwischen in den industriellen Bezirken die Bevölkerung sehr stark zugenommen hat, ist die jetzige Verteilung der Reichstagsmandate auf die einzelnen Bezirke eine schwere Ungerechtigkeit für die industriellen Bezirke und deren Bevölkerung. Es ist daher dringend nötig, endlich eine gleichmäßige Verteilung nach dem jetzigen Stand der Bevölkerung durchzuführen, was auch in der Verfassung ausdrücklich vorgeschrieben ist. Unter keinen Umständen dürfe auch nach dem Kriege die alte Ungerechtigkeit bestehen bleiben.

Abg. G o t h e i n (Fortführ.) schloß sich diesen Ausführungen an. In den stark bevölkerten gemäßigten Gebieten könnte bei der Vermehrung der Mandate die Verhältniswahl durchgeführt werden. Dadurch würden die Kämpfe zwischen den verschiedenen Nationalitäten bedeutend abgeschwächt werden.

Abg. L e d e b o u r: Wenn durchschnittlich auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter kommen würde, würde die Zahl der Abgeordneten zu groß werden. Daher wäre es das Beste, wenn man eine bestimmte Zahl von Abgeordneten festsetzte, etwa 400, und diese Mandate auf die einzelnen Bezirke gleichmäßig verteilt würden. Die Verteilung müsse dann in gewissen Zeiträumen von neuem auf Grund der veränderten Bevölkerungszahlen vorgenommen werden. Die Verhältniswahl sei allerdings zu empfehlen, aber nicht nur für einzelne Bezirke, sondern für das ganze Reich.

Abg. D a v i d (Soz.) schloß sich ebenfalls der Forderung nach Einführung der Verhältniswahl an. Wenn nicht sofort alle Mängel beseitigt werden könnten, müßte doch wenigstens damit vorgegangen werden, die schweren Benachteiligungen der industriellen Bevölkerung in Bezug auf die Verteilung im Reichstage endlich zu beseitigen. Es handelt sich nicht um eine akademische Erörterung, sondern die sozialdemokratische Fraktion werde die Angelegenheit bereits in den nächsten Tagen weiter verfolgen.

Hierauf ging der Ausschuh zur Beratung des Haushaltsplanes für das Auswärtige Amt über. Es entspann sich eine umfängliche Aussprache über die plämißche Frage, über die der Staatssekretär Dr. Helfferich eingehend berichtete und in die sich eine ausgedehnte Aussprache entspannte. Es sprach u. a. die Abg. R o s t e und Dr. F o r t h (Soz.). Bei dem Etat des Auswärtigen Amtes gab Unterstaatssekretär Zimmermann einen Bericht über den Zwischenfall bezüglich Mexiko. Die Aussprache hierüber wurde auf Montag, 12 Uhr vertagt. Die Angelegenheit selbst wurde vertraulich behandelt.

#### Das Angebot an Mexiko vor dem Hauptauschuh des Reichstages.

Der Hauptauschuh des Reichstages setzte gestern seine Sonnabend abgebrochenen Erörterungen über die auswärtigen Angelegenheiten mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fort. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ging auf die Instruktion an den deutschen Gesandten in Mexiko ein und machte Einwendungen gegen diesen Schritt geltend. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gab eine längere Darstellung der mit der Instruktion verfolgten Absichten, daß wir uns für den Fall des Ausbruches des Krieges mit Amerika nach einem Bundesgenossen umsehen hätten, sei eine natürliche und berechtigte Forderung. Er bedauerte es auch nicht, daß durch die amerikanische Veröffentlichung die Instruktion auch in Japan bekannt geworden sei. Für die Beförderung sei der sicherste Weg gewählt worden, der zurzeit zur Verfügung gestanden habe. Wie die Amerikaner in den Besitz des Textes gekommen seien, der mit einer ganz geheimen Chiffre nach Washington gegangen ist, darüber fehlt uns noch alle Kenntnis. Daß die Instruktion in amerikanische Hände gefallen, sei ein Mißgeschick, das nichts daran ändere, daß der Schritt in vaterländischen Interesse notwendig war. Am wenigsten habe man gerade in Amerika das Recht, sich über unseren Akt aufzuregen. Irrtümlich wäre die Ansicht, daß der Schritt in Auslande einen besonders tiefen Eindruck gemacht hätte. Er wird als das aufgeführt, was er ist: als berechtigte Abwehraktion für den Kriegsfall. — Von einem nationalliberalen Redner wurde betont, daß man in Amerika keinen Grund zu besonderer Entrüstung habe. Gerade Präsident Wilson habe sich ja bemüht, alle Neutralen gegen uns aufzubringen. Daß nicht ein sicherer Weg zur Vermittlung der Instruktion hätte gefunden werden können, bleibe dahingestellt. Es könne dem Staatssekretär um weniger der Vorwurf gemacht werden, als man es stets behauptet habe, daß sich das Auswärtige Amt nicht genügend um Bündnisse für Deutschland bemüht habe. Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wandte sich gegen die ganze Aktion. Ihm trat ein Mitglied des Zentrums nachdrücklich entgegen. Ein Redner der Fortschrittspartei brachte Bedenken darüber vor, wie der Vorgang durch die Presse dem deutschen Despotismus zur Kenntnis gebracht

## Der amtliche Kriegsbericht.

1917. Großes Hauptquartier, 6. März. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem rechten Sommerer nahm gegen Abend der Artilleriekampf große Heftigkeit an. Nach Trommelfeuer griff der Engländer östlich von Bouchavesnes erneut an. Seine Angriffe wurden abgewiesen, ein weiterer durch unser Vernichtungsgeschütz vereitelt.

Auf den übrigen Frontabschnitten herrschte bei Schneegestöber meist geringe Feuerstätigkeit.

Erfunde, die den Verlauf der französischen Stellung im Canicreswalde, gegenüber den von uns dort gewonnenen Linien feststellten, brachten noch 15 Gefangene ein.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ein Nachtangriff der Russen gegen unsere Stellung südlich von Brzezany scheiterte.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

An den Dörfern des Klemen-Gebirges am Südtail der Waldparthen wurden mehrere russische Kompanien, die nach lebhaftem Feuer unsere Stellung angriffen, zurückgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Die Lage ist unverändert.

### Mazedonische Front.

Zwischen Ohrida- und Prespa-See wurde eine französische Feldwache überrumpelt und gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

worden sei. Unserem Botschafter eine Schuld beizumessen davon möge man Abstand nehmen und warten, bis Graf Bernstorff auf deutschem Boden angelangt sei. Ein konservativer Redner sagte sich dahin zusammen, daß dem Staatssekretär kein Vorwurf zu machen sei, daß es vielmehr gebilligt werden müßte, daß er tatkräftig vorgegangen sei. In demselben Sinne äußerte sich ein Redner der Deutschen Fraktion. Der Ausschuh ging alsdann zur Besprechung von Einzelfragen über.

### Das preussische Abgeordnetenhaus

übermies am Montag zunächst beide Anträge auf Gewährung von Leumunaslagen an die Reichskommission der Bevölkerungskommission, nachdem Adolf Hoffmann kurz für die Beseitigung der Beamten eintraten war. Hierauf beriet das Haus den Etat der Verwaltung. Genosse Hue nahm Gelegenheit, die Beschwerden der Verarbeiter vorzutragen und schärfe Kritik an der Kriegs-Sozialpolitik der Verwaltung zu üben. Den Ausführungen seines Vorredners, des national-liberalen Abg. Macco, der die Anliederung des Erbkessens Conow-Brien gebordert hatte, traten unsere Genossen scharf entgegen. — Dienstag: Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung in Verbindung mit Ernährungsfragen.

### Vorkhof der Schwarzmaier im Herrenhause.

Im Herrenhause haben zahlreiche Mitglieder unter der Führung des Grafen H o e n s b r o e c h, des Oberbürgermeisters R ü r t h e von Königsberg und des Fürsten v o n S a l m - H o r s t m a r einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, dahin zu wirken, daß, nachdem der Feind aller Partien der ungeschlachten U-Boot-Krieg eröffnet ist, nunmehr ohne Rücksicht auf irrendliche Einflüsse durch die kräftigste Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sichernder Friede erstrebt wird, der den gebrachten Opfern entspricht.

## Mus Eübed und den Nachbargebieten.

Dienstag, 6. März.

Die Tageslänge im März. Im Laufe des Februar ist der goldene Sonnenwagen auf seiner Bahn um einen merklichen Schritt vorwärts gefahren. Zu Anfang März ist er nur noch 7 Grad vom Äquator entfernt, an dem er am 21. März angelangt, von dem er sich aber bis zum Monatschluß wieder um 4 Grad nach Norden entfernt haben wird. Mit der Zunahme des Tageslichts wächst auch die Tageslänge. Erscheint die Sonne am 1. März 7 Minuten nach 7 Uhr am Horizont, so geht sie am 31. März um 6 Uhr 4 Minuten auf, erfolgt ihr Untergang zu Anfang des Monats um 6 Uhr 6 Minuten, somit er bis zum Ende des Monats auf 6 Uhr 51 Minuten hinausgerückt. Am 1. März entfällt auf den nächsten Tag eine Dauer von 10 Stunden 59 Minuten, am Monatschluß wird das Gestirn des Tages 12 Stunden 47 Minuten am Himmel verweilen. Mit der zunehmenden Tageslänge wächst aber auch die Kraft der Sonnenstrahlen, steigt doch die Sonne in der Mittagshöhe von 30 auf 41 Grad.

Geschäftsbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Lübeck, für das Jahr 1916. Leider ist unser Wunsch, das Jahr 1916 möge uns den langersehten Frieden bringen, nicht in Erfüllung gegangen. Der Krieg nimmt seinen Fortgang und das Ende ist noch nicht abzusehen. Zähneknirschend muß die Arbeiterklasse sich diesen schweren Zeiten fügen. Die Metallindustrie war mit Aufträgen so überhäuft, daß vielfach die nötigen Arbeitskräfte nicht herbeischafft werden konnten. Bei einer intensiven und langen Arbeitszeit hatten unsere Mitglieder infolge der Knappheit und Minderwertigkeit der Lebensmittel sehr zu leiden. Anerkannt soll werden, daß die Unternehmer vielfach auf Wunsch der Arbeiter, sich bemüht, Lebensmittel heranzuschaffen. Die angezogene Menge ist aber so gering, daß die Arbeiter auf längere Zeit die schwere Arbeit nicht verrichten können. Die günstige wirtschaftliche Lage wurde von unseren Kollegen geschätzt ausgenutzt, um die noch unorganisierten Mitarbeiter dem Verbande zuzuführen. 578 Neuaufnahmen waren das Ergebnis. Obgleich 435 Mitglieder zum Militär eingezogen wurden, hatten wir am Jahreschluß bei einer Beitragsleistung von 48,3 Beiträgen 2118 Mitglieder zu verzeichnen, das sind 94 mehr wie im Vorjahre. Die Mitgliederzahl wäre noch höher gewesen, wenn alle diejenigen, die vom Militärdienst zur Arbeit beurlaubt werden, sich rechtzeitig im Verband wieder angemeldet hätten. An dieser Stelle erinnern wir nochmals alle zur Arbeit abkommandierten Kollegen, sich unverzüglich bei uns anzumelden, da sie sonst ihre langjährig erworbenen Rechte verlieren.

Im Vorjahre mußten wir berichten, daß 46 brave Kollegen dem Weltkrieg zum Opfer gefallen sind, im Berichtsjahre sind uns 43 gemeldet. Allen diesen Kollegen, die im Trommelfeuer und unter sonstigen Strapazen ihr Leben lassen mußten, werden wir dauernd ein ehrendes Andenken bewahren. Ferner gedenken wir ehrend der 27 Mitglieder, die der Tod aus unseren Reihen gerissen hat.

Wegen der noch immer steigenden Lebensmittelpreise und sonstigen Bedarfsgegenstände stellen die Arbeiter in den meisten Betrieben an die Arbeitgeber das Ersuchen um eine abermalige Lohnnachzahlung oder Teuerungszulage. Nach langen Verhandlungen mit den Unternehmern wurde den Wünschen der Arbeiter entsprochen. Der zum 31. März gekündigte Tarif der Bauleitner

wurde auf ein Jahr erneuert. Der Vorstand der deutschen Bauleitner- und Installateur-Znigung hatte mit unserem Vorstande das Abkommen getroffen, die Tarife um ein Jahr zu verlängern. Die örtlichen Verhandlungen durch unsere Geschäftsführer hatten folgenden Resultat: Alle Gesellen erhalten bis zum 2. Jahre nach beendeter Lehrzeit eine Kronezulage von 25 Pfg., ältere Gesellen 50 Pfg. für den Tag. Außerdem wird der Stundenlohn um 1 Pfg. erhöht. Einzelne Gesellen erhielten dann noch später eine Zulage von 3-4 Mk. pro Woche. Lohnbewegungen mit Arbeitslosigkeit kamen nicht vor. Sonstige Differenzen mit den Arbeitgebern wurden durch den Arbeiterausschuh nach vorheriger Verständigung mit dem Geschäftsführer oder durch diesen selbst erledigt. In der Zeit vom 15. August bis 10. September wurde für das ganze Verbandsgebiet eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Metallindustrie vorgenommen. Die Feststellungen für unsere Verwaltung zeigten folgenden Resultat: Erfahrt wurden acht Betriebe, die vor Kriegsausbruch 908 Arbeiterinnen beschäftigten, zur Zeit der Erhebung 1628, das sind 720 mehr. Drei Betriebe beschäftigten vor Kriegsausbruch keine Arbeiterinnen, zur Zeit der Erhebung 631. Drei Betriebe beschäftigten 132 Arbeiterinnen weniger als vor Kriegsausbruch. Die wöchentliche Arbeitszeit ist 55 1/2-60 Stunden. Für Ueberstunden werden 10-50 Prozent bezahlt. Derselben Zuschläge wie für Männer zahlen drei Betriebe, drei weniger. Ein Betrieb hat keine Angaben gemacht, ein Betrieb beschäftigt nur Arbeiterinnen.

Die Ortsverwaltung erledigte die Verbandsangelegenheiten in 28 Sitzungen, nahm ferner teil an 10 Vertrauensmännerversammlungen und 31 sonstigen Sitzungen. 8 Mitgliederbesammlungen fanden statt, die durchweg mäßig besucht waren, 40 Kassierer, darunter 12 weibliche, waren für Einkassierung der Beiträge und Zustellung der Verbandszeitung tätig.

Am 1. August feierten wir im Gewerkschaftshause unter großer Beteiligung unserer Mitglieder und deren Angehörigen und Freunden unserer Seite unser 25jähriges Verbandsjubiläum. 12 Kollegen wurde für eine Mitgliedschaft von 25 Jahren je ein Gedenkblatt überreicht.

Die Kassenverhältnisse sind folgende: Der Markennachtrag betrug im Jahre 1915 101 610, im Jahre 1916 101 730. Die Gesamteinnahmen der Hauptklasse betragen 58 076,32 Mk., die Ausgaben 23 936,65 Mk., 34 000 Mk. wurden an die Hauptklasse gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung betrug 3113,- Mk., im Vorjahre 6678,15 Mk., oder 3565,15 Mk. weniger. An Krankenunterstützung wurden 8351,85 Mk. ausbezahlt, im Vorjahre 2526,50 Mk., oder 5825,35 Mk. mehr. Im Jahre 1915 wurde die Krankenunterstützung am 1. August wieder eingeführt, gilt also nur für 5 Monate, daher die Mehrausgabe. Die anderen Unterstützungen sind ungefähr dieselben geblieben, mit Ausnahme der Reiseunterstützung, die sich um 280 Mk. verminderte. Die Lokalfasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 13 354,57 Mk. ab. An Unterstützungen wurden 10 823,30 Mk. bezahlt. Durch die gute Beschäftigung ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahre wieder zurückgegangen; im letzten Vierteljahr waren überhaupt keine männlichen Arbeitslosen vorhanden. An Arbeitslosen waren zu verzeichnen: 26 männliche und 126 weibliche, zusammen 152 (im Vorjahre 107 männliche und 161 weibliche, zusammen 268). Arbeitslose auf der Reise 33 (im Vorjahre 87).

Wir sind am Schluß unseres Berichts. Schwere Aufgaben wird die Organisation nach Friedensschluß zu erfüllen haben. Ein jeder muß mithelfen, die Organisation mit auszubauen, damit wir die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich bestehen können. Unsere im Felde stehenden Kollegen müssen eine festgefügte Organisation vorfinden, das ist der schönste Lohn für ihre aufopfernde Tätigkeit im Felde. Es gibt noch immer Mitarbeiter, die unorganisiert sind, die unseren Bestrebungen gleichgültig gegenüberstehen, die aber die Vorteile, die der Verband für seine Mitglieder erringt, mitgenießen. Diese müssen für uns gewonnen werden.

Hier geben wir den Unorganisierten zur besonderen Beachtung aus dem Feldpostbrief eines Feldgrauen folgendes zum Nachdenken: Der Krieg hat die Notwendigkeit der Organisation vollständig dargelegt, den Wert der Solidartät so überzeugend bewiesen, daß ich es verstehe, wenn man in Zukunft für den Arbeiter, der sich seiner Berufsorganisation nicht anschließt und seinen Mitarbeiter gegenüber die Solidartät vermissen läßt, nur noch verächtliches Mitleid oder mitleidige Verachtung übrig hat. Bisher hat man den Unorganisierten noch den guten Glauben zugebilligt, hat gesagt: sie verstehen es nicht besser. Nach diesem Kriege wird man ihnen den guten Glauben nicht mehr zusprechen, sondern sagen: sie wollen es nicht besser. Mit solchen Bewilligungen werden wir aber, wenn wir aus den Schützengräben zurückkommen, ein sehr ernstes und sehr eindringliches Wort zu reden haben.

Die Vorträge über die Einführung in die Entwicklungslehre wurden am Montag in anerkennenswerter lichtvoller Ausföhrungen beendet. Wir haben dies um so lieber hervor, als sich gerade bei den Vorträgen der Oberlehrerbehörde manche Redner in Weichheitsigkeiten verfielen, die den beabsichtigten Nutzen wieder wegwiesen. Ein freier Vortrag, der nur das unbedingt Notwendige lebendig darzustellen vermag, stiftet nachhaltigere Werte als manche wissenschaftliche Ausarbeitung, die bei der Wiedergabe auf das Manuskript angewiesen ist. Und in dieser Beziehung haben wir schon die Grenze des Möglichen erlebt. Herr Prof. Dr. Steyer wies zunächst wiederholt darauf hin, daß wir uns in entwicklungsgeographischen Fragen an unermeßliche Zeiträume halten müßten, die uns in geologischen Klassen nur spärliche Zeugen übermitteln hätten. Tierreste wurden bald vernichtet, Pflanzen verfaulen, so daß nur selten der Rest eines Organismus erhalten bleibe. Mehr Ueberlieferungen wies die Wasserlehre auf, die im schlammigen Boden eingebettet liegen. So sprächen die Rufeisen auf den Feldern im Rheinbecken bei Mainz und im Rodener Gestein, das unter diesem Namen in der ganzen Welt bekannt sei, von einer paarhunderttausendjährigen Geschichte. Einen Begriff der Erdgeschichte könne man sich auch daran bilden, daß die Erdezeit nur ein Dreißigstel der Jetztzeit betrage, und daß diese letztere nur ein kleiner Teil der Erdgeschichte darstelle. Während wir heute 220 000 lebende Tierarten kennen, sind uns nur 100 000 fossile Tierarten bekannt. Ebenso ist es bei den Insekten, wozon uns heute 280 000 Arten bekannt sind, von denen es aber in früheren Zeiten ungeheuer mehr gegeben hat; sie blieben bei ihrer raschen Vermehrung nicht erhalten. An der Hand graphischer Darstellungen erläuterte Dr. Steyer dann die vier Hauptperioden der geologischen Weltgeschichte, in deren ältester Zeit schon Tiere mit hoher Entwicklung geort haben werden, erläuterte die allmähliche Umwandlung vorgeschichtlicher Tiere, wie des Archiopteryx, sowie das heute noch in Australien lebende Beuteltier, das, wie der Australmensch, der Tertiärzeit angehört und einstens auch bei uns gelebt hat. Nach einem Hinweis auf die Entwicklungstendenz des fünfzigjährigen Menschen zum Einföhrer leitete der Vortragende auf die des Menschen über und schloß, wie gerade die Erhaltung der fünfzigjährigen Hand es dem Menschen ermöglichte, die Kulturhöhe zu erreichen, während überall dort, wo eine Spezialisierung und Umbildung im Kampfe ums Dasein eintrat, die Entwicklungsmöglichkeit verloren ging. Eine weitere und wichtige Abhandlung bildete die Frage, zu welcher Gattung der Mensch gehöre, die mit einer lehrreichen Schilderung künstlicher Blutmischung bei Tieren und bei Menschen verbunden wurde. Hierbei wurde auch bemerkt, daß wir im allgemeinen die Tierwelt unterschätzten, da sie gemeinlich höher stehe, als wir annehmen. Der Schluß des Abends brachte einen Ueberblick und Vergleich der ältesten menschlichen Ueberreste, deren bedeutendste Spuren bei Heidelberg gefunden wurden, dann im Neandertal bei Düsseldorf und besonders zahlreich in den Krebelfelsen Frankreichs in der Dordogne usw. Sie zeigten vielfach, daß auch schon jene Menschen Werkzeug und Totengebrauch kannten. Am wichtigsten wohl ist, so behauptet Dr. Steyer seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, daß alle diese Funde erst gemacht wurden, nachdem die Theorie der Entwicklungslehre gegeben war, diese also nachträglich bestätigten. Daß der Mensch seine Entwicklung aus tierischen Ursprüngen genommen habe, sei nichts Niederdrückendes im Gegenteil, er könne nicht nur auf seine Vergangenheit zu







## Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichsminister und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperchaften angehörenden Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Polnische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angelegenheitsrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichsminister betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Euer Erzellenz!

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Erzellenz Kenntnis von der bestehenden Lage an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die völlig unbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gesetzlicher Bestimmungen der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erfüllung dieser unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den

Widerstand des preussischen Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmungen einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitläufig überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamtes, die es unabhängig vom dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungsgewalt macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatlichen Notwendigkeit angesichts der großen Aufgaben, die die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Heeresarmee außerstande sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhang zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Beseitigung der gerügten Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichsminister zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird eine Abteilung für den Heeres- und den Zivilbedarf an Lebensmitteln geschaffen, die die Befugnis erhalten, an den Befehlshabern des Kriegsernährungsamtes mitzuwirken, die Durchführung der Verordnungen desselben zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Heeres- und Heeresverwaltung zu beschlagnehmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommissionen sind Unterämter des Kriegsamtes für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Maßgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamtes haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Buchführung jedes Betriebes der

Erzeugung oder des Betriebes von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückbehaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichsminister dringend, diese Wünsche in die erste Erwägung zu ziehen und alsbald im Verordnungswege zur Bewirklichung zu bringen. (Unterschriften.)

Die Eingabe

an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, betreffend Organisation der Lebensmittelversorgung, lautet:

Euer Erzellenz!

Die Lebensmittelversorgung in Deutschland liegt sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Tatsache nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten eine

wachsende Erregung

bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schwieriger gestaltenden Erzeugung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten herausfordert muß.

Diese Verteilung entbehrt der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie begünstigt solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermöglicht es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Gewissenlose Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich täglich zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gewinnes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt ist nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden Eingriff in die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es

des preussische Landwirtschaftsministeriums,

das sich schuldig macht, die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnutzung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert, die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgesprochen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der

Mittelpunkt aller Widerstände

in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Wachen mit einer gebührenden, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Kriege absolet unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Rückstrahlung auf die Erzeuger und Schen vor stärkeren Kontrollmaßnahmen müssen dazu dienen, die Wege offenzuhalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft vereinfacht und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Gelingen gebracht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allzeit ihre Kräfte in den Dienst der Landesverteidigung und Kriegswirtschaft gesetzt haben, und deren Verdienste über die Stimmungen unferes Volkes wohl unterrichtet sind, müssen gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.

Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der Kartoffelversorgung gemachten Erfahrungen große Enttäuschung ausgebreitet. Die im

Widerspruch zu dem starken Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Ernteausfall nicht bloß auf die Ungunst natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Einschränkung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis müßte aber unter allen Umständen vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Minderernte, auf ungenügende Transportverhältnisse und auf Erschöpfung der Erntearbeiten zurückzuführen, begegnet berechtigten Zweifeln. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Ernteausfall geringer angegeben worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschenernährung zu entziehen und für Fütterungszwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigennütigen Eingriffen leicht möglich ist. Die Preisauflage für eingemerkte Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geeignet, zur Zurückhaltung anzureizen und die weitere Wintererzeugung zu fördern. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die rechtzeitige Zuführung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisefertigkartoffeln energig Widerpruch erheben. — Es ist jedoch als dringend möglich eine Bestandsaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verfüllungsverbot von Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen.

Auch die

Broterzeugung,

die in den ersten Kriegsjahren sich bewährt hat, abgesehen von ungeradezeitigen örtlichen Preisunterschieden, hat Schwierigkeiten gezeigt, die durch den Mangel an Streckungsmitteln nicht genügend erklärt werden. Denn im Widerspruch damit steht die überhandnehmende Erzeugung an Weizenmehl und Roggen, die durch höhere Gewinne begünstigt wird. Wir wenden uns dagegen, daß eine Abhilfe in der Verfüllung der Brotfabriken gesucht wird, bevor alle anderen Mittel strenger Vereinheitlichung der Broterzeugung erschöpft sind. Die Forderung, daß die Verwendung von Getreide, das für Brotstreckung in Betracht kommt, für Gemüsmittel und Futtermittel unzulässig eingeschränkt wird, ist hierbei zu berücksichtigen. Gegenüber dem Ausfall von Kartoffeln macht sich in der Bevölkerung ein härteres Bedürfnis nach Nahrungsmitteln aus Getreide und Hafert geltend, dem wir nach Möglichkeit Rechnung zu tragen eruchen.

Die

Obst- und Gemüseerzeugung

war ebenfalls völlig unbefriedigend; sie litt nicht unter schlechten Erntergebnissen, sondern unter mangelhafter Organisation gegenüber der starken Nachfrage, die den Gemüsaussichten der Erzeuger in die Hand arbeitet. Die Versorgungsberichte der Städte wurden vielfach durch die Heeresverwaltung oder Konserverfabriken, und so wurde die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Gemüse und Marmeladen zu erschwerenden Preisen gehindert.

Die

Fleischerzeugung

krankt in erster Linie an der monopolartigen Stellung der Erzeuger und Fleischhändler in den Viehhandelsverbänden, denen die Gemeinden und Verbraucher fast widerstandslos ausgeliefert sind. Die Organisation der Viehhandelsverbände bedarf nach den letzter gemachten Erfahrungen einer Neuregelung, bei der auch deren hohe Verdienste entsprechend zu kürzen sind. Dies ist um so notwendiger, als den Städten durch den preussischen Landwirtschaftsminister verboten worden ist, sich durch die Abschluß von Waiverträgen billiges Vieh zu beschaffen. Die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die Fleisch und Fett für einen großen Teil der Bevölkerung unerträglich machen. Das ist aufs tiefste zu beklagen, im

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von J. W. Dostojewskij.

109. Fortsetzung.

„Nein, ich bin nicht schuldig! Ich habe dies nicht genommen und weiß nichts davon!“ schrie sie in marktschreierischer Klage und warf sich an die Brust Katharina Zwanownas. Diese umfaßte sie und presste sie so fest an sich, als wolle sie sie mit ihrer Brust schützen vor allem Unrecht.

Sonja, Sonja! Das glaube ich nicht! Begriffst du, ich kann es nicht glauben!“ schrie sie trotz der offensichtlichen Tatsache Katharina Zwanowna, sie in ihren Armen haltend wie ein Kind und sie mit unzähligen Küßen bedeckend, sie ergriß Sonjas Hand und faugte in Küßen daran.

„Du hättest dies gesehen! O wie töricht sind diese Menschen, Herr Gott! Loren seid ihr, Loren“, schrie sie, sich zu der Umgebung wendend, „Ihr wißt noch nicht, was dies für ein Herz, was für ein Mädchen sie ist! Sie sollte sterben, sie! Sie würde ihre letzte Hülle hingeben, verkaufen, nach gehen und euch gehen, was ihr braucht, so ihr sie! Hat sie auch das gelbe Biskuit nehmen müssen, weil mein Kinder sonst vor Hunger gestorben sein würden, so hat sie sich doch für uns dahingezogen! O du, der nun verstorben ist! Siehst du es? Siehst du es? Dies ist deine Gedächtnisfeier! Warmherziger Gott! Aber schüßt sie doch, wozu steht ihr hier herum? Rodion Romanowitsch, wollt ihr nicht hervortreten? Glaubt ihr auch an ihre Schuld? Dann seid ihr den kleinen Jüngler nicht wert, ihr alle, alle, alle! Gott, so schüßt sie doch!“

Der Jammer der armen, kranken, vereinsamten Katharina Zwanowna schien einen tiefen Eindruck auf die Umstehenden zu machen. Es lag so viel des Schmerzlichsten, des Leidenden in diesem ungeschicklichen Jammer, in diesem von der Krankheit verzerrten Gesicht, auf diesen blutleeren Lippen, in dieser heiseren, schmerzlichen Stimme, in diesem Jammer, der dem eines Kindes ähnelte, in dieser eindringlichen, naiven und zugleich verzweifelt Bitte um Schutz, daß alle die Unglückliche bemitleideten.

Peter Petrowitsch begann leise zu sprechen: „Berechne, Berechne!“ rief er mit halbungsvoller Stimme. „Euch geht diese Angelegenheit gar nichts an. Niemand wird sich dazu verhalten, Euch anzuschuldigen, etwa der Urheberhaft über des Einzelschuldigen, umso weniger, als ihr durch das Umkehren der Lasten bewiesen habt, daß ihr nichts von allem verstanden. Ich fühle großes Mitleid mit Euch, und wenn die Armut Sofia Semownas zu jener Tat geführt hat, weshalb, Mademoiselle, wollt ihr dies nicht einräumen? Fürchtet ihr die Schande? Dieses ist wohl der erste Schritt? Ihr seid verloren, verdammt!“ Die Tatsache ist offensichtlich, sehr klar! Aber wie

konntet ihr hierzu gelangen? Meine Herren!“ wandte er sich zu den Umstehenden, „meine Herren! Voll Mitleids und gewissermaßen selbst schmerzlich berührt, würde ich vielleicht jetzt noch bereit sein, trotz der erlittenen persönlichen Kränkung zu verzeihen. Es mag Euch, Mademoiselle, der gegenwärtige Austritt als eine Lehre für die Zukunft dienen.“ wandte er sich an Sonja, „von allem übrigen werde ich absehen, und somit die Sache abtun. Genug damit!“

Peter Petrowitsch blinzelte seitwärts auf Kaslofnilow; beider Blicke trafen sich. Das funkelnde Auge Kaslofnilows schien jenen zu Nihil zu brennen zu wollen. Katharina Zwanowna vernahm nichts mehr von alledem; sie hielt Sonja umarmt und küßte dieselbe wie von Sinnen gekommen. Auch die Kleinen umfaßten die Schwester von allen Seiten mit ihren Armen, Polenta, welche gleichwohl den eigentlichen Zusammenhang noch nicht zu verstehen vermochte, war ganz in Tränen gebadet, und barg erschüttert vor Schluß ihr abgehärtetes Gesichtchen an Sonjas Schulter.

„Wie niedrig!“ erwiderte plötzlich eine tiefe Stimme in der Tür. Peter Petrowitsch blinzelte sich schnell um.

„Was? ein Niedrigkeit!“ wiederholte Lebesjatinilow, ihm schärf in die Augen blickend.

Peter Petrowitsch schien zu erschrecken; alle bemerkten dies. Lebesjatinilow trat jetzt in das Gemach hinein.

„Und Ihr wagt mich als Augenzeugen anzuzusehen?“ sagte er, zu Peter Petrowitsch hinretend.

„Aber was soll das bedeuten, Andrey Semownitsch! Respekt erweist Ihr Euch in dieser Weise aus?“ antwortete Lebesjatinilow.

„Das soll bedeuten, daß Ihr ein Verleumder seid, dies sollen meine Worte bedeuten!“ rief Lebesjatinilow zornig, sein kurzschichtiges Auge streng auf ihn richtend. Er besah sich in mächtiger Erregung, Kaslofnilow lag sich förmlich mit den Augen an ihm fest, als wolle er jedes Wort aufnehmen und abwägen. Eine Pause trat ein, Peter Petrowitsch hatte fast seine ganze Fassung verloren, besonders im ersten Augenblick.

„Wenn Ihr mir solche Worte sagt“, begann er unruhig, „was soll ich da gegen Euch tun? Seid Ihr bei Sinnen?“

„Ach, jetzt bei Sinnen, Ihr aber, Ihr seid ein — Spitzbube! O, wie niedrig war dies! Ich habe alles mit angehört und vorläufig gewartet, um in allem klar zu sehen, denn, ich gestehe dies, bis jetzt erschien mir alles noch nicht recht logisch. Aber warum habt Ihr dies eigentlich angefühtet — das begreife ich nicht!“

„Weshalb ich dies angefühtet habe? Hört nur auf mit Euren unanständigen Geschwätz! Ober seid Ihr etwa berauscht?“

„Wie niedrig!“ erwiderte plötzlich eine tiefe Stimme in der Tür. Peter Petrowitsch blinzelte sich schnell um.

„Was? ein Niedrigkeit!“ wiederholte Lebesjatinilow, ihm schärf in die Augen blickend.

Peter Petrowitsch schien zu erschrecken; alle bemerkten dies. Lebesjatinilow trat jetzt in das Gemach hinein.

„Und Ihr wagt mich als Augenzeugen anzuzusehen?“ sagte er, zu Peter Petrowitsch hinretend.

„Aber was soll das bedeuten, Andrey Semownitsch! Respekt erweist Ihr Euch in dieser Weise aus?“ antwortete Lebesjatinilow.

„Das soll bedeuten, daß Ihr ein Verleumder seid, dies sollen meine Worte bedeuten!“ rief Lebesjatinilow zornig, sein kurzschichtiges Auge streng auf ihn richtend. Er besah sich in mächtiger Erregung, Kaslofnilow lag sich förmlich mit den Augen an ihm fest, als wolle er jedes Wort aufnehmen und abwägen. Eine Pause trat ein, Peter Petrowitsch hatte fast seine ganze Fassung verloren, besonders im ersten Augenblick.

„Wenn Ihr mir solche Worte sagt“, begann er unruhig, „was soll ich da gegen Euch tun? Seid Ihr bei Sinnen?“

„Ach, jetzt bei Sinnen, Ihr aber, Ihr seid ein — Spitzbube! O, wie niedrig war dies! Ich habe alles mit angehört und vorläufig gewartet, um in allem klar zu sehen, denn, ich gestehe dies, bis jetzt erschien mir alles noch nicht recht logisch. Aber warum habt Ihr dies eigentlich angefühtet — das begreife ich nicht!“

„Weshalb ich dies angefühtet habe? Hört nur auf mit Euren unanständigen Geschwätz! Ober seid Ihr etwa berauscht?“

„Wie niedrig!“ erwiderte plötzlich eine tiefe Stimme in der Tür. Peter Petrowitsch blinzelte sich schnell um.

„Was? ein Niedrigkeit!“ wiederholte Lebesjatinilow, ihm schärf in die Augen blickend.

Peter Petrowitsch schien zu erschrecken; alle bemerkten dies. Lebesjatinilow trat jetzt in das Gemach hinein.

„Und Ihr wagt mich als Augenzeugen anzuzusehen?“ sagte er, zu Peter Petrowitsch hinretend.

„Aber was soll das bedeuten, Andrey Semownitsch! Respekt erweist Ihr Euch in dieser Weise aus?“ antwortete Lebesjatinilow.

(Fortsetzung folgt.)



...er Zeit, in der die Landesverteidigung die denkbar höchsten Anforderungen stellt, und bedarf einer Regelung, die vor keiner irgendwie gearteten Protection zurücksteht.

**Hinsichtlich der**

**Milch**

Es ist es zweifellos fest, daß die ländliche Bevölkerung, wenn auch keinen Ueberfluß, so doch solche Mengen zur Verfügung hat, daß die städtische Bevölkerung damit besser versorgt werden könnte. Es ist nicht zu ertragen, daß hier Kindern und Kranken die Milch verjagt werden muß, während solche auf dem Lande nicht bloß reichlicher als sonst verbuttert, sondern auch verfrachtet wird. Jede Verzögerung der Reichsbewirtschaftung der Milch, die mit strenger Ablieferungspflicht der benötigten Mengen und strenger Nacionierung beginnen muß, bedeutet eine Gefahr für die Volksgesundheit.

Die

**Eiererzeugung**

Die durch Massenzuführung von geschlachtetem und für die Schlachtung bestimmten Geflügel zu den städtischen Märkten im vorigen Herbst stark gefährdet worden. Die Eierpreise bis zu 50 Pfennige und mehr pro Stück sind das Ergebnis dieser Art Versorgungsnot. Nur eine Förderung der Geflügelhaltung durch Ueberweisung der benötigten Futtermengen, die mit der Erzielung in engem Zusammenhang zu bringen ist, kann diese Verhältnisse bessern.

In der

**Verzögerung mit Fischen**

vermissen wir vor allem eine systematische Erleichterung der Beförderung an Süßwasserfischen unserer Binnengewässer für die Volksernährung. Auch sind Maßregeln dagegen nötig, daß die geringen verfügbaren Mengen an See- und Flußfischen von den Konsumfabriken aufgekauft und weiterverarbeitet werden und erst zu ungemessenen Preisen wieder an die Verbraucher gelangen.

Die

**Zuckerzeugung**

Wahrscheinlich dem Bedürfnis angepaßt werden und bei den zunehmenden Mengen, die gegenwärtig der Bevölkerung zugänglich gemacht werden, ist das Sparen mit Süßstoffen nicht mehr am Platze.

Worauf ganz besonders Gewicht zu legen ist, ist die

**Herbeiführung einer vernünftigen Preisrelation**

zwischen den verschiedenen Lebens- und Futtermitteln. Die heutige Höchstpreisordnung ist nicht das Ergebnis vernünftiger Abwägung, sondern hat sich aufgebaut auf einer wilden Preisentwärtung, teilweise auch auf politischen Gesichtspunkten. So ist es möglich gewesen, daß die Preise für einzelne Produkte, zum Beispiel für Brotgetreide, um über 30 Prozent, dagegen für Hafer und Gerste zeitweise fast bis zu 100 Prozent und darüber gestiegen sind. Daraus ergibt sich eine andauernde Gefahr für die Zurückhaltung der billigeren Produkte und der Anreiz zur Verschwendung, weil, wenn in Fleisch umgewandelt, der Wert ein weit höherer ist. Ferner auch, daß die löhrender erzielbaren Produkte vorzugsweise angekauft werden. Auch von landwirtschaftlicher Seite sind Beschwerden für die Herbeiführung einer derartigen Preisrelation laut geworden. Sie bewegen sich jedoch in der Hauptsache nach der Richtung, die ihnen zu niedrig erscheinenden Preise zu den höchsten hinaufzusetzen. Dagegen muß entgegenstehen, daß Brot eingekauft werden. Preise wie für Hafer, Gerste, Hülsenfrüchte, Fleisch usw. lassen sich nicht mit vorübergehenden Produktionskosten rechtfertigen, sondern sind Kriegskostenpreise, die auf der Grundlage des Wertes sich aufbauen. Wir fordern eine Preisrelation, die sich aufbauet auf tatsächlichen Produktionskosten plus angemessenen Verdienst. Jeder Konsumgewinn, den die breite Masse zu tragen hat, und der ihr das Überleben erst ermöglicht macht, müssen wir entgegenstehen abfragen.

Wenn im nachhergehenden auf die einzelnen Wirtschaftszweige näher eingegangen wurde, so darf dies nicht von der Hauptaufgabe des Abwägens auf dem gesamten Gebiete der Kriegsernährung ablassen, die wir in der

**unzureichenden Organisation,**

bei allen des Kriegsernährungsamtes selbst erfinden. Dieses Amt ist zwischen die durch die Bundesregierungen getrennten Zivilverwaltung und die Heeresverwaltung gestellt und kann nur Regeln und Bestimmungen aufstellen, auf deren Durchsetzung es aber keinen oder nur ungenügenden Einfluß hat. Seine Pläne sind von dem durch die Landesregierungen gebildeten, meist unzureichenden Informationsmaterial, keine Rücksicht auf die Ausführung der in unzureichender Einzelheiten Verwaltungsorgane abhängig und. Aberdies greift die Heeres- und Militärverwaltung ein, zwischen die beiden Disziplinen mit unübersehbar demütigen und nicht ein mühelos leichtes Verordnungsamt zu schaffen. Wenn man auch geneigt ist, die Heeresverwaltung der Zivilverwaltung übergeben zu wollen, so vermag sie dieses Schicksal nicht mehr mit einer genügenden Herrschaft der Zivilbevölkerung, wie sie die Durchführung des Hilfswirtschafts erfordert. Deshalb ist eine Organisation des Kriegsernährungsamtes notwendig, die dieses

**in unmittelbarer Verbindung mit dem Kriegsamte,**

den die Heeresverwaltung obliegt, bringt, und es gelte den zentralen Stellen einzelner Bundesregierungen erstreckt. — Eine Organisation, die die weitestgehende Beteiligung der militärischen Behörden auf die Sicherung des Lebensunterhalts der Zivilbevölkerung anstrebt.

Die provinzialen und Kreiswirtschaftsämter, die das Kriegsamte notwendig im Bede genützt hat, erscheinen uns durchaus geeignet, auch für die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes, soweit es sich um die Herbeiführung einer strengen Nacionierung und Verteilung, sowie um die Sicherstellung der notwendigen Ablieferung von Lebensmittel an den Soldaten handelt, in Anspruch genommen zu werden. Die Militärstellen aber, soweit sie Funktionen hinsichtlich der Förderung der Erzeugung haben, sind nicht geeignet. Besonders ist aber ein zentraler Apparat durch eine vollständige Organisation, die ungenügend und unzulänglich genug ist, um die Sicherung zu erbringen.

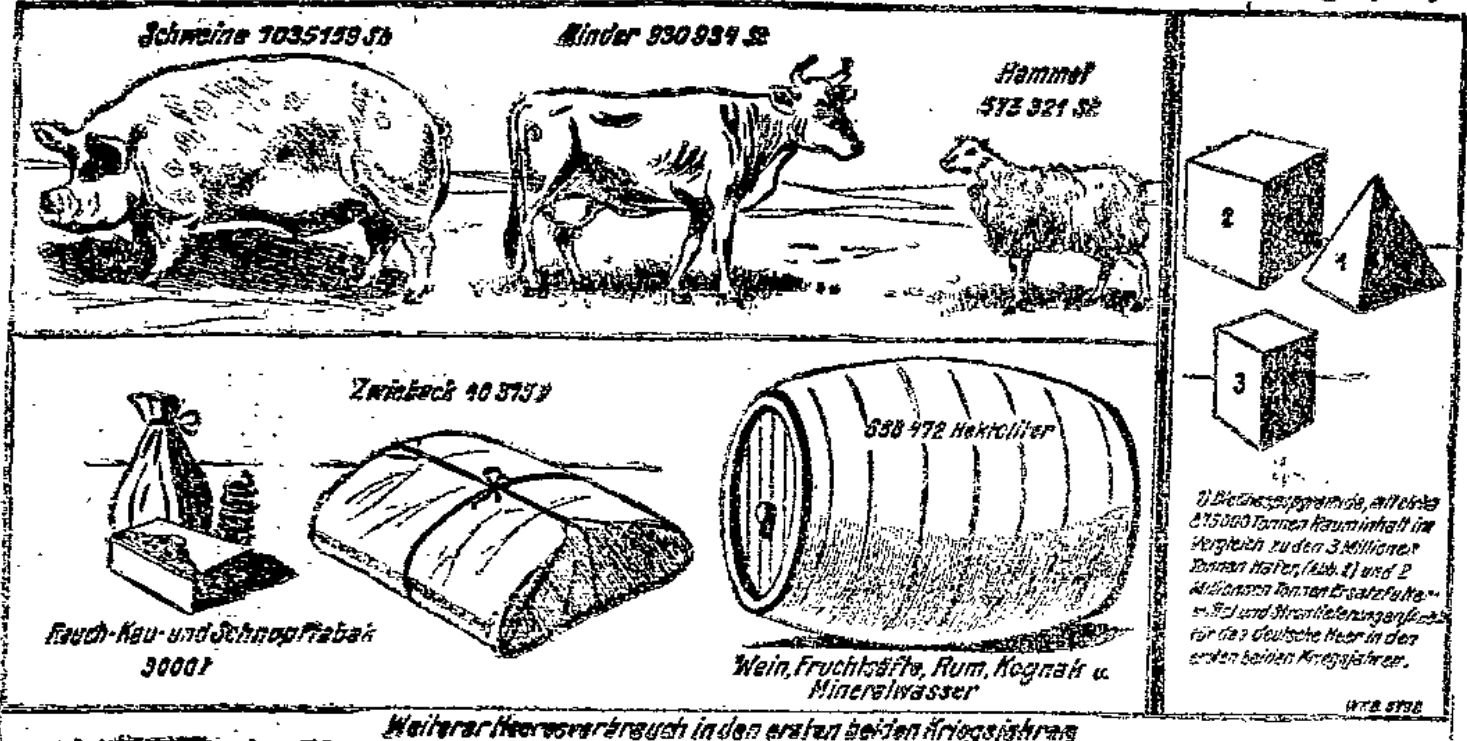
Schließlich möchte die unzureichende Organisation des Kriegsernährungsamtes nicht übersehen werden, daß der

**Beitrag des Kriegsernährungsamtes**

ein gesetzlicher Einfluß auf die Wirtschaft nicht ohne weiteres gegeben werden darf. Dieser Einfluß ist bisher nur passiv gewesen, und wurde nur im Falle der Notwendigkeit, an dem die Bundesregierung nichts mehr ändern konnte. In jeder Hinsicht muß der Beitrag des Kriegsamtes zur Sicherung der Lebensmittelversorgung und zur Herbeiführung der notwendigen Ablieferung von Lebensmittel an den Soldaten, der die Arbeit der Militärstellen erleichtert. Es ist klar, daß in dem Sinne der Sicherung des Lebensunterhalts der Zivilbevölkerung es der notwendigsten Arbeit, wie es der Minister, der die Sicherung des Lebensunterhalts der Zivilbevölkerung durch eine vollständige Organisation, die ungenügend und unzulänglich genug ist, um die Sicherung zu erbringen.

Die deutsche Bevölkerung und Angehörige der Bundesstaaten müssen auf das dringendste darauf hingewiesen werden, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge in weiter gehen zu lassen. Die Folgen werden unheilbar werden. Die notwendige Nacionierung, die bei der Durchführung des Hilfswirtschaftsgesetzes durchzuführen haben, gibt ihnen ein besonderes Recht, darüber zu urteilen, daß diese jetzt nicht durch eine fortgesetzte, ungezügelter und ungestörter der hinsichtlich der Kriegsernährung geschehen müssen. (Schlußwort.)

**Weiterer Heeresverbrauch in den ersten beiden Kriegsjahren.**



Während wir uns in unserer letzten Statistik über den Heeresverbrauch im wesentlichen auf die pflanzlichen Nahrungsmittel, sowie Delikatessen und Konserven beschränkten, bringen wir diesmal das zur Darstellung, was das Heer an lebendem Vieh, an Tabaken ohne Zigarren und Zigaretten, an Zwieback, flüssigen Nahrungsmitteln, ohne Bier und vor allem an Hafer und Erbsenmittel für das Vieh erhalten hat.

Wir haben insgesamt 1035 159 Schweine, 930 934 Kühe und 572 321 Hammel an das Heer geliefert. Rechnet man, daß von den Schweinen 40 Stück in einen mehrstöckigen Eisenbahnwagen untergebracht werden können, an Rindern rund 10 Stück in Viehwagen Platz haben und von Hammeln bis zu 60 Stück in den Viehwagen gepfercht werden können, so ergibt sich zur Bewältigung dieser kolossalen Masse eine Summe von 124 000 Eisenbahnwaggons. Würden diese Waggons zu einem Zuge zusammengestellt werden, so würden 1240 Kilometer herauskommen, also von hier reichend bis nahe an Petersburg. An Tabaken, die ja bekanntlich in Schängengruben und in den Untertänden in großen Massen vertilgt werden, sind insgesamt 9000 Tonnen in den beiden Kriegsjahren geliefert worden, eine Menge, die mit knapper Mühe sich in 15 Güterzügen zu je 40 Waggons unterbringen ließe. Die Lieferung an Zwieback beläuft sich auf 40 375 Tonnen und die an Wein, Fruchtsäften, Kognak und Mineralwasser ohne Einfluß des Bieres auf 668 472 Hektoliter, zu deren Bewältigung ebenfalls mehr als 100 Güterzüge erforderlich waren. Was den an das Heer gelieferten Hafer in Höhe von 3 Millionen Tonnen, sowie Erbsenmittel für das Vieh und Stroh anbelangt, in Gesamthöhe von 2 Millionen, so würde diese Menge, aufgeschichtet in der Art wie dies auf unserer Zeichnung veranschaulicht wird, den Vergleich mit der alten Cheopspyramide nicht zu scheuen brauchen, welche von der Spitze bis zur Basis 137 Meier Höhe mißt und an der quadratischen Grundfläche je 233 Meier breit ist. Ihr Rauminhalt beläuft sich auf 875 000 Tonnen. Auch diese ersäuzenden Ziffern sind uns ein neuer Beweis für die Leistungsfähigkeit unseres Staates und namentlich unserer Eisenbahnen, und zwar handelt es sich bei allen diesen Lieferungen um hässliche, während die Liebesgaben hierbei in keiner Weise berücksichtigt worden sind.

**Ernährungsfragen.**

Zwangsmassregeln gegen Butterhinterziehung im Kreise Danziger Höhe hat der dortige Landrat verhängen müssen, der, wie aus Danzig berichtet wird, folgendes bekannt gibt: „Trotz verschiedener Hinweise und Befehlungen über den Ernst unserer Zeit ist die Hinterziehung von sogenannter Bauernbutter in verschiedenen Guts- und Gemeindebezirken des Kreises, die sehr wohl in der Lage sind, mehr abzuliefern zu können, derartig gering ausgefallen, daß angenommen werden muß, daß Bauerbutter auf verbotenen Wegen der Allgemeinheit entzogen wird. Es wird deshalb angeordnet: die Guts- und Gemeindebezirke haben nach der Zahl der vorhandenen Kühe, ob trocken stehend oder nicht, soweit die Milch nach Absatz des erlaubten Eigenbedarfs nicht ausschließlich einer Molkerei oder dem Milchmilchbedarf zugeteilt wird, mindestens eine Buttermenge an ihre Ursprungsstelle abzuliefern, welche einem Ffunde auf die Milch Kuh gerechnet entspricht. Die Regelung über die Erziehung und Abführung von Butter haben die Guts- und Gemeindebezirke selbst zu erwirken. Sollten trotzdem weitere Rückstände in der Ablieferung der Bauernbutter andauern, so werden die Guts- und Gemeindebezirke damit zu rechnen haben, daß ihnen alle Jamendungen von Teigwaren, Zucker usw. so lange vorenthalten bleiben, bis die Ablieferung der Bauernbutter reiflos erfolgt ist. Daneben bleiben weitere Zwangsmassnahmen vorbehalten.“

**Aus der Partei.**

Die Spaltung der schwedischen Partei. Die Spaltung der schwedischen Partei kann man mehr als Tatsache betrachten werden. Die der Kinderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angehörenden 15 Mitglieder haben zusammen mit 20 Vertretern der Opposition auf dem Parteitag ein Manifest erlassen, wonach der Parteitag am 12-14. Mai ein Kongress nach Stockholm einberufen wird — zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei. Unter den Unterzeichnern bemerkt man die Abgeordneten: Lindbagen (Bürgermeister in Stockholm), Ström (früherer Parteiführer), Jönsson, Kjöper, Lindberg (früherer sozialdemokratischer Eisenbahner) u. a. m. Zur Veranstaltung des Kongresses und zur Wahrung der Interessen der Minorität in der Zeit bis zur Gründung der neuen Partei ist ein Komitee ernannt worden, worunter, außer den bereits genannten, die Führer der Jungdemokraten sich befinden. — Weiter wird noch gemeldet: Die Lage innerhalb der schwedischen Partei wird eine immer komplizierter. In der von den Jungdemokraten herangezogenen Spaltung nach links kam unter Umständen auch eine solche nach rechts entstehen. Die Parteipolitik der Sozialdemokraten verleiht diesen Parteiführer manchmal zu Ausschreitungen gegen andere sozialdemokratische Parteimitglieder, die auch auf die Einheit der Partei sehr nachteilig wirken. In dem durch ihn veranlaßten Ausschluß der drei Genossen Prof. Ström, Dr. Jönsson und Alfons Jönsson schloß sich auf dem Parteitag ein von Fröning angeführter Angriff gegen die schwedischen Teilnehmer an der skandinavischen Parlamentarierkonferenz nach Dänemark und Belgien. Die Angegriffenen, Lindbagen (früherer Parteiführer der „Ny Tid“) und Nils Persson (früherer sozialdemokratischer Bauernverbandes) wandten sich sofort gegen die Behauptungen Frönings und antworteten nicht, auf die von ihm selbst gegebene ungenügende Erklärung hinzuweisen, die er bei keiner Kontrolle in Frankreich für angebracht hielt. In den letzten Tagen soll indessen ein neuer Zwischenfall vorgekommen sein, worüber der in Kalmar erscheinende „Ständetidningen“ aus Stockholm zu melden weiß: Der Abgeordnete Eriksson soll von Herrn Fröning in Gegenwart von neun Parteimitgliedern aufgefordert worden sein, ein Papier zu unterschreiben, das ihn verpflichtete, weder in noch außerhalb des Reiches in verdingungsgegenständlicher Richtung sich zu betätigen, und nur seinen Compatrioten für Dänemark abzulassen. Da Eriksson die Unterzeichnung verweigerte, wurde er von Fröning als nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei angesehen erklärt. — In dieser, von unserem bürgerlichen Blatt vorbetroffene, von anderer Seite noch nicht bestätigte Meldung kann hingegen nicht werden, daß Eriksson eines der hervorragendsten und tüchtigsten Mitglieder der schwedischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist und daß die ganze organisierte Arbeiterbewegung der Stadt Helsingborg, wo er des Parteivorstandes „Stanska Socialdemokraten“ resigniert, gefolgt zu hinter ihm steht.

**Aus dem Gerichtssaal.**

Die jüngste Zusammenkunft im Reichstagsgebäude. Wegen Ungehorsam gegen die Verordnung des Oberkommandos in den Marken, bezügl. der Abhaltung von Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten, fanden in Berlin der

Schriftsteller Hellmuth v. Gerlach und der Pastor Hans Franke vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I. Nachbars ein von zahlreichen Personen unterzeichneter Aufruf zur Bildung einer „Internationalen für Völkerrrecht“ erschienen waren, erging an verschiedene Personen, die sich zukünftig erklären hatten, ein von den beiden Angeklagten und dem Reichstagsabgeordneten Ed. Bernstein ausgehendes Einladungsschreiben vom 19. September, sich zum Gedankenaustausch über die Zweckmäßigkeit der Begründung eines Berliner Zweigvereins in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes einzufinden. Wegen Nichtanmeldung und dieser Zusammenkunft sollen die Angeklagten gegen die Verordnung des Oberkommandos verstoßen haben. Die Angeklagten selbst und für sie der Rechtsanwalt Haase führten aus, daß eine Verpflichtung zur polizeilichen Anmeldung nicht vorgelegen habe, denn es habe sich nicht um eine „Versammlung“ gehandelt, sondern nur um eine Zusammenkunft von gleichgesinnten Personen zur zwanglosen Aussprache über eine allgemein gestellte örtliche Frage und zur Vorbereitung einer etwaigen vorbereitenden Versammlung in demselben Sinne, wie sich so vielfach wirtschaftliche Interessengruppen zur Aussprache in einem Zimmer des Reichstagsgebäudes zusammenfinden. Außerdem fehle jeder Nachweis, daß öffentliche Angelegenheiten „berührt“ worden seien. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß sich die Angeklagten im Sinne der Auflage schuldig gemacht haben. Diese allgemeine und örtliche Frage habe nur dann besprochen werden können, wenn zugleich Zweck und Ziel des Zentralvereins einer Erörterung unterzogen, und deshalb habe die Einberufung zum Gedankenaustausch auch die Erörterung eminent politischer Angelegenheiten bezweckt. Die Angeklagten seien daher wegen unterlassener Anmeldung zu bestrafen. In Übereinstimmung mit dem Staatsanwalt bemah das Gericht die Strafe auf je 50 Mark oder je 5 Tage Haft.

**Aus Nah und Fern.**

Entsetzliches Unglück an der schwedischen Westküste. „Politiken“ meldet aus Stockholm: Ein entsetzliches Unglück ereignete sich an der schwedischen Westküste. Am späten Nachmittag ist der ganze Eisgürtel an der Küste, von der Bucht von Lyngm bis Falkenberg und Barberg, plötzlich in Bewegung gekommen und dem Meere zugetrieben. Auf dem Eise befand sich eine große Anzahl von Fischern. Man weiß noch nicht, ob es sich um Hundert oder Hunderte von Menschen handelt, die in der Dunkelheit hilflos auf den Eisschollen treiben. Die neue Kältewelle. Die neu einsetzende Kältewelle hat nach den vorliegenden Meldungen sich schon über ganz Deutschland und die besetzten Gebiete ausgebreitet. Sonntag abend hatte Memel — 17, gestern sogar — 19, Mittau — 18, Pinsk — 21, Wilna sogar — 24 Grad. In Ostpreußen notierte Königsberg — 17, in Brandenburg verzeichneten Landsberg — 12, Frankfurt a. O. — 10, in Hinterpommern wurden in Schwelbin sogar — 14 Grad gemessen. An der Westfront, von der der Heeresbericht „jüngstiger Wetter“ meldet, verzeichnete Sonntag morgen Ostende 0, Laan 3, Rikshausen 4 Grad. Das sind für jene Gegenden ganz ungewöhnlich hohe Wärmegrade. Im übrigen bewegte sich in Norddeutschland die Temperatur zwischen 4 und 9 Grad. Im Weichselgebiet sank das Thermometer auf 16 Grad Celsius. Infolge des Kohlenmangels werden alle Schulen im Festungsbezirk Danzig wieder vom 5. bis 18. März geschlossen. — Wie das Meteorologische Institut in Berlin feststellte, ist seit dem Bestehen des Institutes — also seit 1848 — an keinem 4. März eine solche Kältetemperatur zu verzeichnen gewesen. Für die nächsten Tage wird bei zunehmender Bewölkung eine leichte Erwärmung erwartet, was nur zu wünschen wäre.

**Die fünfzehn größten Ströme der Erde.**

Amazonen-Strömung (Amerika)	7050
Nil (Afrika)	6480
Indus (Asien)	6000
Ob (Asien)	5200
Jangtsekiang (Asien)	5200
Yana (Asien)	4600
Amur (Asien)	4480
Congo (Afrika)	4200
Riger (Afrika)	4180
Hoangho (Asien)	4100
St. Lorenzo (Amerika)	3820
La Plata (Amerika)	3700
Wolga (Europa)	3570
Indus (Asien)	3180

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedz. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.